

Pulsnitzer Tageblatt

Herausgeber 18. Tel.-Nr.: Tagesblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146
Bezirksanzeiger

Wochenblatt Post-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



— — — Erscheint an jedem Werktag — — —
Zu Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstaltungen, hat der Bezugsnehmer
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in Pf.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmaß 14)
1 mm Höhe 10 Pf., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pf.; amtlich 1 mm
30 Pf. und 24 Pf.; Reklame 25 Pf. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Wetzbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großhörn, Bretzig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Wetzbach, Ober- und
Niederlichtenau, Freibersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. S. F. v. S. Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 36

Mittwoch, den 12. Februar 1930

82. Jahrgang

Amtlicher Teil.

In letzter Zeit sind von unbekanntenen Personen an verschiedenen Straßen der Stadt
Bäume umgebrochen bezw. beschädigt worden. Auch sind teilweise die Straßenbezeichnungsschilder
und das zur Sicherheit des Publikums am Schloßplatz angebrachte Schutzgitter ebenfalls be-
schädigt oder gewaltsam entfernt worden. Für Ermittlung der Täter wird hierdurch
eine Belohnung bis zu 100 RM

mit der Maßgabe festgesetzt, daß unter Ausschluß des Rechtsweges der unterzeichnete Stadtrat die
Höhe und die Verteilung der Belohnung an eine oder mehrere Personen bestimmt, durch deren
Angabe die Täter der Bestrafung zugeführt werden können. Mitteilungen werden streng vertraulich
behandelt

Pulsnitz, am 12. Februar 1930.

Rat der Stadt.

Donnerstag, den 13. Februar 1930, vorm. 10 Uhr sollen in Pulsnitz, Restaurant
zum Bürgergarten

1 Warenschrank mit verschied. Ledertaschen, 1 Portemonnaie u. a. m., 1 Tisch,
1 Kommode
meistbietend gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Pulsnitz, am 12. Februar 1930. Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts

Anzeigen haben im Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg!

Stürmische Young-Aussprache im Reichstag

Rebeduell Curtius—Hugenberg — Kommunistisches Pfeifkonzert

Landtagauflösung in Sicht? — Das neue Brotgesetz

Schicksalstage!

Am Dienstag endlich, nach langem Zögern, allzu langem
Warten vielleicht, fand im Reichstag die große Aussprache
über den Young-Plan statt. Eine Lebensfrage stand auf der
Tagesordnung, es waren Vorbereitungen zu einer Entschlei-
dung, die für Generationen gilt. Es war ein sogenannter
großer Tag im Reichstag, und zu den Tribünen drängte sich
wie selten seit Jahren Publikum, das aus dem Munde der
Redner aller Parteien und des Reichsaußenministers hören
wollte, wie es steht um den Young-Plan, was er uns bringt,
und wie er beurteilt wird. Es sind verantwortungsvolle
Tage für unsere Volksvertreter, die Tage der Aussprache
über den Young-Plan. Einige Jahre sind es her, seit man
über einen anderen Plan in hitzige Wortkämpfe geriet, den
Dawes-Plan. Er soll nun ersetzt werden durch den Young-
Plan. Die einen sagen, der Young-Plan bringt Erleichterung,
die anderen sagen, er legt uns noch größere Lasten
auf als der Dawes-Plan, und er enthält große Gefahren für
die Zukunft. Hier fordert man von den Volksvertretern ein
Ja für die Unterzeichnung des Planes, dort ein entschiedenes
Nein. So stehen sich Parteien gegenüber, und wer die Mehrheit
hinter sich hat, der bestimmt das Ergebnis der Ab-
stimmung.

Ja oder nein, darum geht die Debatte. Es ist kein
Zweifel, daß die Entscheidung „ja“ lautet, aber die Redner
des ersten Tages, ob der Außenminister, ob der Vertreter der
Sozialdemokraten, ob Redner der Mittelparteien, ob die
Redner der Opposition, sie alle stimmten darin überein, daß
die Verantwortung für die Unterzeichnung
des Young-Planes groß ist, übergroß. Es gab
keinen, der dem Young-Plan ein Loblied gesungen hätte,
keiner sagte es hinaus: „Unterzeichnet, denn es ist günstig,
was man auch dort unterbreitet!“ Alle Redner äußerten ihre
Bedenken, die bald größer, bald kleiner waren, je nach der
Parteieinstellung. Und das ist das Wesentliche, daß man sich
in allen Parteien darüber klar ist, daß hier ein Vertrag unter-
schrieben wird, der vielleicht, ja höchstwahrscheinlich unerfüll-
bar ist. Bis dahin besteht Einmütigkeit. Dann aber folgern
die einen: Also lehnt diesen Plan ab, die anderen aber sagen:
„Unterzeichnet nur den Vertrag, die Ereignisse der Zukunft
werden selbst lehren, daß er nicht erfüllbar ist, und dann wird
auch bei denen, die uns den Vertrag auferlegen, die Einsicht
kommen, daß eine Revision nötig ist.“

Es sind Schicksalstage, die wir durchleben, Tage, die in
der Geschichte des deutschen Volkes verzeichnet bleiben wer-
den, Geschehnisse, über die spätere Generationen urteilen
werden. Die Zukunft halten wir in der Hand. Wir sehen
die Gefahren, wir fürchten sie, aber die Ereignisse fordern
Entscheidung. Was uns die Zukunft bringt, das kann uns
wirklich niemand sagen, aber wir dürfen nicht die Ruhe und
die Besonnenheit verlieren, denn die schweren Entscheidungen
verlangen ganze Kraft. Und wehe dem, der leichtfertig
eine Verantwortung übernimmt, ohne sich über die Trag-
weite seines Tuns klar zu sein.

Reichsaußenminister Curtius befürwortet die Young-Gesetze

127. Sitzung, Dienstag, den 11. Februar.

Nachdem Reichstagspräsident L. B. des verstorbenen sozial-
demokratischen Abgeordneten Dr. Levi gedacht hatte, gab er bei
der ersten Beratung der Gesetzentwürfe zum Neuen Plan dem
Reichsaußenminister Dr. Curtius das Wort. Letzterer hat den

Reichstag, die Gesetzentwürfe dem Auswärtigen und dem Haus-
haltungsausschuß zu überweisen. Er werde die Gründe darlegen,
warum die Reichsregierung die Annahme der Gesetze für not-
wendig halte.

Der Minister verwies dann auf die Regierungserklärung vom
3. Juli 1928. Sie habe an die Spitze ihres Programms die Be-
freiung der noch besetzten Gebiete, befriedigende Regelung der
Saarfrage und endgültige Regelung der Reparationsfrage gesetzt.
Nach anderthalbjährigem Ringen sei der feste Räumungstermin
vom 30. Juni erreicht und ein neuer Reparationsplan, der eine
Lastenerleichterung und Verbesserungen der politischen und
finanziellen Lage bringe, Verhandlungen über die Saarfrage seien
mit Frankreich im August 1929 vereinbart worden. Es wäre
erwünscht gewesen, auch diese Frage mit den anderen gemeinsam
zur endgültigen Erledigung zu bringen.

Der Beginn der Verhandlungen habe sich aber durch die Neu-
bildung der französischen Regierung bis Ende November verzögert.
Selbstverständlich erstrebe Deutschland die baldige restlose
Rückgliederung des Saargebietes.

Dann folgte ein Rückblick auf den Ablauf der Verhandlungen.
Die Regierung habe den Anspruch auf Räumung bei den Ver-
tretern der Besatzungsmächte förmlich anhängig gemacht. Dazu
sei die dringende Forderung nach einer Abänderung des Dawes-
Planes gekommen. So sei der Sachverständigenausschuß einbe-
rufen worden, um

Vorschläge für eine endgültige Lösung der Reparationsfrage

auszuarbeiten. Für Deutschland hätten Gefahren darin gelegen,
daß beide Beschlüsse über Räumung und Reparationen parallel
ließen. Als sich Tendenzen aber geltend gemacht hätten, zuerst
über den Young-Plan und erst nach seiner Annahme über Räu-
mungsverhandlungen zu sprechen, habe die deutsche Regierung
die Gleichzeitigkeit der Verhandlungen durchgesetzt. Oft wurde
der Minister von Zureufen der Oppositionsparteien unterbrochen.
Der Minister behauptete, daß wir Vereinbarungen getroffen
hätten, durch die das sogenannte Sanktionsystem des Versailler
Vertrages beseitigt würde. Die Haager Vereinbarungen hätten
den Zweck, die früheren Vereinbarungen über die Reparationen
zu ersetzen. Dr. Curtius meinte, die Gläubigerregierungen hätten
selbst im äußersten Falle nicht das Recht, auf Grund einseitiger
Annahmen und Behauptungen gegen Deutschland vorzugehen.
Wenn eine der Hauptgläubigerregierungen behauptete, daß Deutschland
den neuen Plan zerissen habe, müsse sie die höchstinternationale
Instanz der Welt anrufen und eine richterliche Entscheidung her-
beiführen. Bei einer für Deutschland ungünstigen Entscheidung
würde die klagende Gläubigerregierung das Recht der vollen
Handlungsfreiheit wiedergewinnen. Als Ergebnis äußerte sich

das Versailler Sanktionsystem sei einschließlich seines Artikels 430 beizubehalten

und Deutschland wäre künftig in allen Fällen gegen Willkür und
Gewalt geschützt.

Es folgten lange Ausführungen über die Reparationsfrage,
über die verschiedenen Besprechungen der Sachverständigen und
über die beiden Haager Konferenzen. Die Sonderverhandlungen
über die Preisgabe hätten zum Teil zu guten, zum anderen Teil
zu geringen Ergebnissen geführt. Liquidationsüberschüsse seien
von einigen Ländern herausgegeben worden.

Dann ging der Minister zu dem mit Polen geschlossenen Ab-
kommen über. Die Haltung der Opposition sei gewiß durch
ehrliche patriotische Absichten zu erklären. Aber man
habe von unmotivierten Milliardenforderungen an den polnischen

Staat gesprochen. Auch sei von einer vollständigen Verringerung
unserer

Politik gegenüber Polen

die Rede gewesen. Als der Minister ausführte: „Ich möchte an
der Spitze meiner Ausführungen allen diesen Angaben und Mit-
teilungen ein kategorisches Dementi entgegenstellen“, rief der
Nationalsozialist G. B. „Das glauben Sie ja selbst nicht!“
und erhielt dafür einen Ordnungsruf.

Worum handele es bei dem Abkommen mit Polen? Der
Young-Plan enthalte eine Empfehlung der Sachverständigen der
Gläubigerländer, daß Deutschland auf seine mit den früheren Vor-
gängen zusammenhängenden Ansprüche gegenüber den Gläubiger-
ländern verzichten müsse. Deshalb hätte die Regierung ver-
sucht, das ganze deutsch-polnische Forderungsverhältnis aus den
allgemeinen Verhandlungen mit den Gläubigern herauszunehmen,
um so Gegenleistungen auf anderen Gebieten zu erzielen. Der
Minister meinte, wir hätten wertvolle nationalpolitische Vorteile
eingetauscht. Man habe unseren Verzicht übermäßig genannt.
Gewiß hätten wir eine finanzielle Belastung übernommen. Sie
halte sich aber im Rahmen des Tragbaren.

Spätere kam der Minister auf die zweite Haager Konferenz
zu sprechen. Es sei gelungen, Deutschland vor weiteren Be-
lastungen zu bewahren. Die Reichsregierung sei sich der
Schwere der übernommenen Last wohl bewußt. Für
ihre Entscheidung sei allein maßgebend gewesen, ob man Besseres
erreichen konnte und ob das Erreichte einen Fortschritt bedeute.
Werde diese Frage bejaht, müsse sie sich mit dem festen Entschluß
verbinden, mit allen Kräften in ehrlichster Bemühung die Zah-
lungsverpflichtungen zu erfüllen.

Die Kapitalkuld nach dem Young-Plan betrage 34,5 Milliarden.

Die durchschnittliche Jahreslast gegenüber dem Dawes-Plan sei um
fast 500 Millionen niedriger. Nach dem Young-Plan sei
Deutschland für die Devisenaufbringung selbst verantwortlich.
Es erhalte bessere Garantien für die Aufrechterhaltung der Wäh-
rung. Alle Pfänderkontrollen und ausländischen Verwaltungs-
ratsstellen würden fortfallen. Deutschland trete in eine völlig
veränderte politische Lage ein. Es werde von fremder Besatzung
frei und auch befreit sein von der Willkür des Versailler San-
ktionsystems. Der Minister schloß, er erwarte die Annahme der
Verträge durch den Reichstag.

Ein deutschnationaler Antrag, den Beginn der Aussprache
auf Mittwoch wegen der sehr späten Verteilung der Drucksachen
zu versetzen, wurde abgelehnt.

Die Debatte wurde durch Dr. Breitscheid eröffnet,

der erklärte, daß es in den letzten zehn Jahren vorwärts ge-
gangen sei. Die einzelnen Fortschritte seien geschmäht und be-
schimpft worden. Wenn sachliche Argumente gefehlt hätten, habe
die Lüge eingeseht. Eine Politik des Ausgleichs und der Ver-
ständigung verlange großen Heroismus. Das Ziel sei allerdings
noch nicht erreicht worden. Die Sozialdemokratie habe nie die
Tiefe von der Alleinschuld Deutschlands anerkannt. Sie hätte
dem Versailler Diktat zugestimmt, da es keinen anderen Weg
gegeben habe und die Gefahr des Einmarsches fremder Truppen
gedroht hätte. Dadurch würde Deutschland und die deutsche
Republik zerrissen worden sein.

Die Sozialdemokratie habe auch die späteren Regelungen nur
angenommen, weil sie gemeint habe, daß die Erfüllungsbereitschaft
die Einsicht wachsen lassen würde. Das Dawesabkommen sei ein
Fortschritt gegenüber dem Londoner Ultimatum und man könne
auch die Fortschritte des Young-Planes nicht bestreiten.

